

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Mag. Gerald Loacker, Kolleginnen und Kollegen

betreffend Chance statt Chaos: Modernes Einwanderungsgesetz

eingebraucht im Zuge der Debatte in der 268. Sitzung des Nationalrats über den Bericht des Ausschusses für Arbeit und Soziales über die Regierungsvorlage (2528 d.B.): Bundesgesetz, mit dem das Ausländerbeschäftigungsgesetz, das Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz, das Asylgesetz 2005 und das Ausbildungspflichtgesetz geändert werden (2589 d.B.) – TOP 1

In Österreich offenbaren diverse Studien signifikante Herausforderungen in der Integrationspolitik: Tiefgehende kulturelle und soziale Gräben werden sichtbar, wenn sich unter bestimmten Gruppen von Migranten und Flüchtlingen intolerante Haltungen gegenüber Frauenrechten, Homosexualität oder Andersgläubigen zeigen. Zugleich gelingt es nicht, Personen ohne anerkannten Schutzbedarf konsequent rückzuführen. Andererseits werden ukrainischen Mütter, die vor Krieg und Konflikt geflohen sind, auf ihrem Weg in die Eigenständigkeit durch Bürokratie gehindert und junge Asylwerber, die in Österreich eine Ausbildung absolviert haben, abgeschoben.

Diese Problematik legt nahe, dass die bestehende Migrations- und Integrationspolitik zu gravierenden Fehlentscheidungen führt und daher zu oft Personen, die sich erfolgreich in die Gesellschaft einbringen, abgeschoben werden, während andere, die Grundwerte unserer Gesellschaft ablehnen oder sogar bekämpfen, keine angemessenen Konsequenzen erleben. Hier wird ein Umdenken erforderlich – hin zu einer professionellen und robusten Demokratie, die klare und verlässliche Rahmenbedingungen schafft und Menschen individuell anhand ihrer Handlungen bewertet.

Es ist an der Zeit, konstruktive und sachorientierte Politik zu etablieren. Politik, die das Potenzial von Zuwanderung und kultureller Vielfalt als Bereicherung erkennt, ist essenziell, um gesellschaftlichen Zusammenhalt und Fortschritt zu fördern. Während eine faire sowie individuell ausgerichtete Integrationspolitik realisiert werden muss, gehören gleichzeitig Extremismen aller Art bekämpft. Österreich steht somit an einem Scheidepunkt, an dem es entscheidend ist, die Chancen der Multikulturalität zu nutzen und daraus eine Stärke zu machen, die allen Mitgliedern unserer Gesellschaft zugutekommt.

Teil einer konstruktiven und sachorientierten Integrationspolitik ist ein modernes Einwanderungsgesetz, das die Komplexität und Bürokratie reduziert. Österreich steht vor der Herausforderung, im harten internationalen Wettbewerb um qualifizierte Arbeitskräfte attraktiv zu sein. Aktuell ist die Situation rund um die Rot-Weiß-Rot-Karte durch Zuständigkeiten verschiedener Behörden – der Bezirksverwaltungsbehörde, des AMS und neuerdings auch der ABA (Austrian Business Agency) als Vermittler – geprägt, was das Verfahren für Unternehmen und Arbeitskräfte unnötig erschwert. NEOS setzen sich für eine klare Kompetenzvereinbarung ein, sodass nur eine einzige Behörde für die Abwicklung zuständig ist. Dadurch könnten Verfahren deutlich gestrafft und Fälle, statt in Monaten, innerhalb einer Woche behandelt werden. Ein überarbeiteter

Kriterienkatalog, der sich an den Bedürfnissen der heimischen Wirtschaft und internationalen Best-Practice-Beispielen orientiert, soll das Verfahren ebenfalls erleichtern.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

"Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Arbeit und Wirtschaft, wird aufgefordert, ein modernes Einwanderungsgesetz vorzulegen, das die Kompetenzen durch Etablierung eines One-Stop-Shop bereinigt und die Verfahren zur Beantragung der RWR-Karte auf maximal eine Woche verkürzt."


(Wanner)


(ARLAMOVICH)


FIEDLER


(Wanner)


DOPPELBAUER

